



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Finanzausschuss**

14.04.2023

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 05.04.2023

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Anwesenheit:

Soll: 9 Mitglieder des Finanzausschusses

Ist: 8 Mitglieder des Finanzausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die 41. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsfrau Muth**, Vorsitzende des Finanzausschusses, eröffnet.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsfrau Muth stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Anwesenheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 40. Sitzung vom 22.02.2023

Die Niederschrift der 40. Sitzung vom 22.02.2023 wird bestätigt.

8 Dafürstimmen

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsfrau Muth schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 14 im öffentlichen Teil nach dem Tagesordnungsordnungspunkt 12 zu behandeln, da die Vorlage öffentlich ist.

8 Dafürstimmen

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 6 Hauptsatzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0527

Frau Renger weist auf das vorliegende Änderungsblatt hin. Die Nachfrage von **Ratsherrn Kowalick und Ratsfrau Muth**, ob alle anderen durch die Fraktionen gewünschten Änderungen durch diese aus dem politischen Raum eingebracht werden müssen, bejaht **Frau Renger**.

beraten

Ja 8 Nein - Enthaltung - Befangen -

TOP 7 Beschluss über die Annahme einer Spende vom Lokale Agenda 21 Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung - Geldzuwendung für die Pflanzung und Pflege von 17 Eichen auf der Wallanlage der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0570

beraten

Ja 8 Nein - Enthaltung - Befangen -

TOP 8 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung vom Lions Club Neubrandenburg - Geldzuwendung für die Anschaffung einer Fackel zum Inklusionstag im Rahmen der Special Olympics
Vorlage: BV/VII/0571

beraten

Ja 8 Nein - Enthaltung - Befangen -

TOP 9 Beschluss über die Annahme einer Spende vom Freundeskreis der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. - Geldzuwendung für die Restauration der "Langen Bank" im Kulturpark der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0572

beraten

Ja 8 Nein - Enthaltung - Befangen -

TOP 10 Ergänzungsbeschluss Doppischer Haushaltsplan 2023 Band 4 Städtebauliches Sondervermögen, Nordstadt/Ihlenfelder Vorstadt – Die soziale Stadt, Sanierung Turnhalle BIP Kreativcampus
Vorlage: BV/VII/0620

Frau Schad bezieht sich auf die Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk** im Hauptausschuss am 30.03.2023, ob es sich bei dieser Vorlage um einen einfachen Beschluss oder einen Satzungsbeschluss handelt. Es gibt unterschiedliche Auffassungen. Da die Satzung noch nicht bekannt gemacht und somit noch nicht in Kraft getreten ist, könne der Beschluss als einfacher Beschluss gewertet werden. Andererseits sei die Satzung bereits beschlossen und so könne die vorliegende Vorlage auch als Änderungssatzung qualifiziert werden. Um mögliche Heilungserfordernisse zu vermeiden, werde durch die Verwaltung ein Änderungsblatt erarbeitet, dass die in der Sitzung der Stadtvertretung am 27.04.2023 die 1. und 2. Lesung statt-

findet. **Ratsfrau Dr. Kuhk** stellt fest, dass dann nicht die einfache, sondern die absolute Mehrheit für den Beschluss erforderlich sei.

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, warum dieser Haushaltsbeschluss erforderlich sei. Dieser Beschluss zeige, dass der Beschluss der Stadtvertretung zur Turnhallensanierung BIP Kreativcampus (BV/VII/0597) doch finanzielle Auswirkungen gehabt habe. Darüber hätte der Einzelreicher informieren müssen. **Frau Piotrowski** informiert, dass der Beschluss erforderlich ist, weil die Auszahlungsermächtigung für die 877.000 Euro beschlossen werden müssen. Dies sei auch erforderlich, wenn die zur Umwidmung beantragten Fördermittel eingingen. Aus der Einzahlung heraus ergebe sich keine Auszahlungsermächtigung. Der Beschluss ist nicht erforderlich, um den Eigenanteil der Stadt in Höhe von 17.500 Euro bereitzustellen.

Weiterhin fragt **Ratsfrau Dr. Kuhk** an, ob es bereits eine Antwort aus Schwerin zur Umwidmung gäbe. **Frau Piotrowski** sichert zu, dass im morgigen Stadtentwicklungsausschuss die entsprechende Information gegeben wird.

beraten

Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen -

TOP 11 Satzung zum Bürgerbudget der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VII/0599

Ratsherr Stieber führt in die Vorlage und das vorliegende Änderungsblatt ein. Nach den bisherigen Diskussionen hat sich die SPD-Fraktion entschieden, den Oberbürgermeister mit der Erstellung einer rechtskonformen Satzung zur Umsetzung eines Bürgerbudgets in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zu beauftragen. Die grundlegenden Prämissen für diese Satzung seien im Beschlusstext enthalten. Trotz der intensiven Diskussionen habe sich die SPD-Fraktion entschieden, das Mindestalter und die Höhe des Budgets unverändert beizubehalten. Er bitte dies als Grundlage für die kommende Diskussion im politischen Raum zu verstehen.

Ratsfrau Dr. Kuhk hinterfragt, welche Teile des Beschlusses konkret zur Diskussion stehen und aus Sicht der SPD-Fraktion veränderbar seien und wann der Vorschlag der Verwaltung vorliegen solle. Zudem erfragt Sie, ob es sich um eine Satzung im kommunalrechtlichen Sinne handele und wo die Regelungen, z. B. zur Vornahme der Prüfung der Vorschläge zu finden seien. Außerdem möchte Sie wissen, wo die Deckung der 100.000 Euro ausgezeigt wird und bezieht sich dabei auf die Diskussion über 5.000 Euro für den Zuschuss für die Messe des Pflegepersonals. Sie erinnert an die Diskussionen in diesem Zusammenhang, da noch kein konkreter Antrag vorgelegen habe. Sie erwarte daher eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen.

Ratsherr Stieber weist darauf hin, dass Änderungen am Text möglich sind. Mit dem vorliegenden Beschluss solle der Oberbürgermeister beauftragt werden, eine entsprechende Satzung zu erarbeiten. Die Erarbeitung müsse relativ schnell erfolgen. Die konkreten Regelungen, die **Ratsfrau Dr. Kuhk** eben angesprochen habe, würden in dieser Satzung geregelt und mit dem Beschluss zu dieser diskutiert werden. Da die Gelder in den Haushalt eingestellt werden sollen, sei es im Rahmen dieses Beschlusses nicht von Bedeutung, wie die Deckung erfolge.

Ratsfrau Dr. Kuhk weist darauf hin, dass es sich bei den 115.000 Euro um eine zusätzliche freiwillige Leistung handele. Daher sei eine Deckungsquelle zu nennen. Zudem weist Sie auf die Aufstellung der Verwaltung, auf Ihre Anfrage im letzten Finanzausschuss, zu bereits vorhandenen Finanzierungsquellen für Projekte hin. Sie bittet die SPD-Fraktion diese Auflistung in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

Frau Piotrowski hat sich mit dem Justizariat besprochen und bittet um eine andere Formulierung für das Wort „Satzung“ im Beschlusspunkt 2. Sie schlägt eine Formulierung wie „Umsetzungsvorschlag für ein Bürgerbudget zur Beschlussfassung durch die Stadtvertretung“ vor. Auch für die Bezeichnung Investitionsmaßnahmen (Beschlusspunkt 2d) wird um eine offener Formulierung, z. B. Maßnahme, gebeten. Zudem hinterfragt Frau Piotrowski die zeitliche Vorstellung zur Umsetzung. Bedeutet „mit dem Jahr 2024“ in Beschlusspunkt 1, dass im Jahr 2024 für den Haushalt 2025 oder bereits für den Haushalt 2024 die Umsetzung erfolgen soll? Sollte der Haushalt 2024 gemeint sein, werden die Erarbeitung eines Beschlussvorschlages, die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung und die Umsetzung des Verfahrens zur Mitgestaltung des Haushaltes 2024, wie in Beschlusspunkt 2. festgelegt, mit großer Wahrscheinlichkeit zeitlich nicht umsetzbar sein.

Ratsherr Stieber sagt zu, dass das gesagte berücksichtigt wird und Änderungen am vorliegenden Text im Rahmen des Beschlusses geändert werden könnten.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann weist darauf hin, dass es sich bei dieser Vorlage um einen politischen Grundsatzbeschluss handle. Die 100.000 Euro seien nicht mathematisch errechnet, sondern eine politische Prognose, die durch Beschluss der Stadtvertretung geändert werden könne. Zudem weist er darauf hin, dass bei der Haushaltsplanung das Gesamdeckungsprinzip gelte. Dieser Beschluss sei nicht mit dem Beschluss über den Zuschuss von 5.000 Euro für die Messe des Pflegepersonals vergleichbar, da dieser die Tür öffne für andere Berufsgruppen Zuschüsse für Messen zu beantragen. Eine Ablehnung des vorliegenden Beschlusses wegen fehlender Deckung sei nicht nachvollziehbar.

zur Kenntnis genommen

TOP 12 Erarbeitung von Konzepten zum Erhalt und zur Weiterentwicklung von Stadtgrün in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0615

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann informiert, dass die Vorlage im Betriebsausschuss am 04.04.2023 behandelt wurde. Es hat kontroverse Diskussionen gegeben. Durch die blühenden Wiesen erhöhe sich die Mahd. Die Kosten würden von 4 Cent auf 8 Cent steigen. Diese Kostensteigerung sei im Wirtschaftsplan EBIM nicht veranschlagt. Zudem sei die Umsetzung in 2023 nicht realisierbar.

Ratsfrau Muth weist darauf hin, dass die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg über viele Kleingärten verfüge und sie im Rahmen des Umweltschutzes die Stärkung dieser als wichtig erachte. Diese sollte nicht in Frage gestellt werden.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann informiert, dass dies auch im Betriebsausschuss so angesprochen wurde. Die Stadt verfüge über ca. 6000 Kleingärten, die für den Umweltschutz genutzt werden sollten.

zur Kenntnis genommen

TOP 14 neu.sw-Beteiligung an der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG)
Vorlage: INF/VII/0182

Herr Bachmann führt in die Vorlage ein. Der Aufsichtsrat teile die Einschätzung der Geschäftsführung zu diesem Sachverhalt.

Ratsfrau Muth ist verwundert, dass 45 Mio. Euro des Investitionsbudgets nicht abgerufen wurden. **Herr Bachmann** erläutert, dass die aktuelle Entwicklung abgewartet wird, da die derzeitigen Baukosten zu hoch sind und die Wirtschaftlichkeit damit nicht gegeben ist.

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt warum die Pensionsrückstellungen bei der EBIM explizit aufgeführt werden. Laut **Herrn Bachmann** ist dies nur 1 von mehreren Ursachen. Aktuell gibt es 1 Pensionsrückstellung.

zur Kenntnis genommen

Ratsfrau Muth stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann erfragt, ob es bereits Hinweise für die Auswirkungen der Tarifverhandlungen aus dem Städte und Gemeindetag gibt. **Frau Piotrowski** informiert, dass dies nicht der Fall ist. Zudem ist nicht nur die Höhe des Tarifabschlusses relevant, sondern auch die Laufzeit. Aus dem Städte- und Gemeindetag liegen auch keine Informationen vor.

Der **sachkundige Einwohner Herr Schröder** erfragt den Stand der Umsetzung der Grundsteuerreform in der Stadtverwaltung und ob eine Auswertung der vorhandenen Grundstücke nach Betriebsgrundstücken möglich sei. Er verweist auf die Erforderlichkeit der Festsetzung des neuen Hebesatzes. **Frau Piotrowski** informiert, dass bisher ca. 4.000 Datensätze durch das Finanzamt übermittelt wurden und seit letzter Woche das Einlesen ins Buchungssystem erfolgt. Da das Finanzamt keine Überprüfung der elektronisch durch die Steuerpflichtigen eingegeben Daten vornehme, ist die Einarbeitung der neuen Datensätze und der Abgleich dieser mit den vorhandenen Daten sehr arbeits- und zeitintensiv. Nach Einarbeitung einer relevanten Anzahl von Datensätzen, werde eine Information über die Entwicklung der Gesamtheit der Steuermessbeträge im Finanzausschuss erfolgen.

Ob eine Unterscheidung zwischen Privat- und Betriebsgrundstücken möglich ist, wird geprüft. [Antwort: *Es ist nicht möglich zwischen Privat- und Betriebsgrundstücken zu unterscheiden*] **Ratsfrau Dr. Kuhk** macht darauf aufmerksam, dass die Aufkommensneutralität nicht bedeute, dass kein Eigentümer mehr bezahlen müsse, sondern nur, dass das Gesamtsteueraufkommen durch die Grundsteuerreform nicht erhöht werden soll.

Die Sitzung wird geschlossen.

gez. Ratsfrau Muth
Vorsitzende des Finanzausschusses

gez. Katja Piotrowski
Protokollantin